

GOÄ:

Reform macht Arztberuf weiter unattraktiv

Köln, Januar 2016. Die niedergelassenen Urologen des Netzwerks Uro-GmbH Nordrhein sprechen sich deutlich gegen die aktuell von der Bundesärztekammer (BÄK) vorgelegte GOÄ-Reform aus. Sie sehen sich in vielen Punkten dieser Reform schlecht vertreten. Insbesondere die Änderungen in der Bundesärzteordnung, die Einführung einer sogenannten Gemeinsamen Kommission (GeKo) mit paritätischer Beteiligung von PKV- und Beihilfevertretern unter Vorsitz des Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für die zukünftige Weiterentwicklung der Gebührenordnung, ist eine grundsätzliche Änderung. Dass diese Änderungen bisher völlig intransparent für die Ärzteschaft von BÄK, PKV und Beihilfe verhandelt worden sind, zeigt, dass die Ärzte offensichtlich von Politik und Versicherungswirtschaft überrumpelt werden sollen. Ein Mandat für derartig weitreichende Änderungen ohne Transparenz haben die Verhandler der BÄK vom Deutschen Ärztetag nie erhalten. Auf dem anstehenden außerordentlichen Ärztetag soll deshalb am 23. Januar die BÄK mindestens zu Nachverhandlungen aufgefordert werden. Die Fachärzte werden die bisherigen Änderungen in der jetzigen Form ablehnen.

Hintergrund: Nach den bisherigen Plänen sollen Ärzte künftig grundsätzlich nur zum einfachen Satz abrechnen können, der dann aber in etwa in der Höhe des jetzigen 2,3-fachen Satzes liegen soll. Steigerungen sollen unabhängig von der Komplexität des individuellen Falles nur noch möglich sein, wenn diese auf einer von der GeKo beschlossenen Positiv-Liste erscheinen. Die niedergelassenen Urologen kritisieren unter anderem, dass das ursprüngliche Ziel, nämlich mindestens einen Inflationsausgleich der seit 1996 unveränderten Reform zu verhandeln, von der BÄK nicht

Pressekontakt

komm | public! - Romy Robst - Ahornallee 7a - 31303 Ramlingen/Burgdorf
robst@komm-public.de - fon: 05085-98 171-02 – fax: 05085-98 171-01

Direktkontakt

Uro GmbH Nordrhein - Sabine Kapla - Kaiser-Wilhelm-Ring 50 - 50672 Köln
kapla@frielingsdorf.de - fon: 0221-13 98 36-55 - fax: 0221-13 98 36-65

durchgesetzt wird. „Die Weiterentwicklung der GOÄ durch eine Gemeinsame Kommission durch PKV und Beihilfe einerseits und BÄK andererseits würde zu einer Diktion der Behandlungsinhalte und deren Bewertung durch PKV, Beihilfe und BMG führen“, befürchtet der ärztliche Geschäftsführer der Uro-GmbH Nordrhein Dr. Michael Stephan-Odenthal. „Damit erfolgt eine Angleichung zwischen GOÄ und EBM.“ Für ihn wird so die Freiberuflichkeit der Ärzte weiter untergraben, indem die unabhängige Beratung der PKV-Patienten zukünftig eingeschränkt wird, denn PKV, Beihilfe und BMG könnten dann die Form der Leistungen und deren Vergütung diktieren. „Das wirkt auf uns wie die Einführung einer Bürgerversicherung durch die Hintertür“, unterstreicht Stephan-Odenthal. „Für uns wird so die staatliche Bevormundung von Ärzten und Patienten vorangetrieben und alle Leistungen einzig dem Kostendiktat unterworfen.“

Zudem bliebe in der bisherigen Kalkulation das Risiko einer steigenden Morbidität durch Überalterung, höhere Ansprüche und höhere Kosten durch Fortschritt in der Medizin unbeachtet und würde – wieder einmal – auf die Leistungserbringer abgewälzt. Dies führt zu Gewinnrückgängen in Praxis und Klinik. Da aber gerade bei den niedergelassenen Ärzten diese Gewinne zur Quersubvention der GKV-Versorgung dienen, würden die Praxen unwirtschaftlich. Für die Uro-GmbH Nordrhein macht die GOÄ-Reform nur eines: den freien Arztberuf weiter unattraktiv.

www.uro-gmbh.de